



Resolution der IG Metall-Tarifkommission bei Opel vom 29. Januar 2013

Basierend auf dem Tarifvertrag vom Oktober 2012 und der bisherigen Beschlüsse der Tarifkommission fasst die Tarifkommission folgenden Beschluss:

Deutschland als Produktions- und Entwicklungsstandort sichern – Bochum muss bleiben!

Belegschaft, Betriebsräte und IG Metall sehen sich in den Verhandlungen mit der Adam Opel AG mit ganz besonderen Herausforderungen konfrontiert. Die wirtschaftliche Situation des Unternehmens ist so schlecht wie noch nie und hat existenzbedrohende Ausmaße angenommen. Angesichts historisch niedriger Marktanteile sind die Produktionsstandorte in Europa nur zu 50% ausgelastet. Finanziell ist die Adam Opel AG vollständig von GM abhängig. Hinzu kommt eine strategische Ausrichtung, die offensichtlich darauf abzielt, Produktionsarbeitsplätze in sogenannte Low-Cost-Länder zu verlagern.

Kurzfristig sind vor allem die Kolleginnen und Kollegen am Standort Bochum betroffen - mittelfristig ist kein Standort gesichert: Für keinen der Produktionsstandorte bestehen konkrete belastbare Zusagen, die eine ausreichende Auslastung auch nur mittelfristig sicherstellen. Daneben bestehen Pläne, bspw. Werkzeug- und Prototypenbau abzubauen und in Deutschland mittelfristig abzuwickeln, hier sind ebenfalls mehrere Hundert Arbeitsplätze konkret bedroht. Und letztlich drohen auch dem Entwicklungszentrum in Rüsselsheim im Rahmen der Entwicklungskooperation mit PSA und der globalen Entwicklungsstrategie innerhalb von GM zumindest Kompetenzverluste, die sich mittelfristig auch auf Beschäftigungsperspektiven auswirken können.

Vor diesem Hintergrund fordern wir von der Arbeitgeberin für alle Standorte:

- konkrete und belastbare Garantien, die alle Standorte und eine möglichst große Zahl an Arbeitsplätzen über 2016 hinaus sichern und den Produktions- und Entwicklungsstandort Deutschland langfristig erhalten. Diese Garantien müssen durch entsprechende Investitionszusagen hinterlegt werden
- eine Beschäftigungssicherung an allen Standorten bis mindestens Ende 2016.
- eine belastbare Finanzierungszusage durch General Motors.

Hierzu bedarf es einer Wachstumsstrategie und Maßnahmen die sicherstellen, dass dieses Wachstum sich auch mit zusätzlichen Arbeitsplätzen an allen Standorten auswirkt.

Die bisher angekündigten Planungen für Ersatzarbeitsplätze im Teilebau sowie für Bochum 2022 reichen als Alternative keinesfalls aus. GM muss alle Optionen zur Planung neuer Modelle sowie zur Entwicklungsgesellschaft für Bochum darstellen. Wir fordern von GM/Opel darüber hinaus belastbare Vorschläge zum Erhalt und zur Schaffung hochwertiger Industriearbeitsplätze in Bochum. Eckpunkte hierfür sind:

1. Eine vierstellige Zahl von Arbeitsplätzen als unmittelbare Opel-Arbeitsplätze, die neben dem Teilelager aus qualifizierten Produktionsarbeitsplätzen in einer hochwertigen Komponentenproduktion bestehen und auch über ein entsprechendes Investitionsvolumen den Standort absichert. Die Opel-Arbeitsplätze bilden zugleich den Kern einer weiteren Ansiedlungsstrategie für den Standort Bochum.
2. Der Beschluss zur Schließung des Getriebebaus muss zurückgenommen werden.
3. Um sicher zu stellen, dass die Risiken eines Umbaus des Standortes Bochum nicht einseitig zu Lasten der Beschäftigten gehen, müssen wir sicherstellen, dass keine Kollegin und kein Kollege nach dem Auslaufen der aktuellen Fahrzeugproduktion in die Arbeitslosigkeit geschickt wird. Wir fordern eine Absicherung der Beschäftigten bis Ende 2018.
4. Das Konzept „Bochum Perspektive 2022“ muss tariflich so ausgestaltet und ausgestattet werden, dass es sich um eine echte Entwicklungsgesellschaft und nicht um eine Abwicklungsgesellschaft handelt.
5. Bochum muss eine konkrete Wachstumsperspektive erhalten, ein Wachstum bei Opel muss zu einem Wachstum in Bochum führen.

Die geforderte Komponentenstrategie muss so ausgerichtet sein, dass der bestehende Komponentenstandort in Kaiserslautern und eine Komponentenproduktion in Bochum wachsen können, ohne sich zu kannibalisieren. Ein erster Schritt wäre hierbei die die Allokation des MDE in Bochum oder Kaiserslautern, um die Zahl hochwertiger Komponentenarbeitsplätze in Deutschland zu erhöhen. Darüber hinaus muss festgelegt werden, dass die Beschäftigtenzahl in KL nicht unter 1800 MA sinken darf.